

**39**  


---

**75**

# Union in Deutschland

Bonn, den 25. September 1975

## Koalition gescheitert Stunde der Opposition

Die große Debatte des Deutschen Bundestages über die Wirtschafts- und Finanzpolitik (17./18. 9. 1975) war ein voller Erfolg für die Union. Helmut Kohl — so schrieb die Presse — machte diese Debatte zur Stunde der Opposition. Kanzler Schmidt wirkte nervös und zerfahren, er und die Redner der SPD/FDP-Koalition fanden wieder nicht den Mut, unserem Volk die Wahrheit über das ganze Ausmaß der Finanz- und Wirtschaftskrise zu sagen.

Diese Krise ist nicht nur das Ergebnis kurzfristig aktuellen Versagens, sondern sie ist das Ergebnis einer sechsjährigen verfehlten Politik dieser Regierungskoalition. Viele unserer Mitbürger sind unsicher geworden, was ihre persönliche Zukunft betrifft, unsicher über die wirtschaftliche Entwicklung. Das ist die schlimmste Bilanz dieser sechs Jahre.

Die Union fordert als Alternative eine grundsätzliche Kurskorrektur, eine neue Politik auf der Basis und den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, die Systemveränderungstendenzen in allen Bereichen ausschließt. Es hat keinen Sinn, dem Bürger mit dem Finanzknüppel Vernunft einbleuen zu wollen. Die wirkliche Alternative ist, ihm das Vertrauen zu geben, daß das, was jetzt als Einschränkung temporär auf ihn zukommt, von ihm wegen der Zukunft dieses Landes mitgetragen werden muß.

Helmut Kohl stellte fest: Jetzt ist die Stunde des Mutes. Ich darf hier für CDU und CSU erklären: Wir sind als deutsche Patrioten und Demokraten bereit, nach entsprechender Prüfung unseren Beitrag zu einer solchen neuen Politik der Vernunft zu leisten. Wir sind bereit, auch in der Opposition unsere Verantwortung zu sehen. Wir werden daran gemessen werden, welches unser Beitrag ist. Unser Angebot und unsere Aufforderung an die Politiker der Koalitions-Parteien ist, jetzt Einkehr zu halten und eine neue Politik möglich zu machen.

## ■ STICHWORTE ZU DIESER AUSGABE

### **Helmut Kohl:**

Wer wie Sie zuläßt, daß Ertrag als bloßer Profit diffamiert wird, daß Leistung diffamiert und als etwas Altmodisches, Abgestandenes, Kapitalistisches dargestellt wird, wer zuläßt, daß in nicht wenigen Bereichen der SPD Neid als Mittel der Politik hochstilisiert wird, darf sich nicht wundern, wenn die Folgen so sind, wie wir sie heute haben.

Seite 3

### **Karl Carstens:**

Es wäre an der Zeit, meine ich, daß ein Mann, der sich in einer so wichtigen Frage so fundamental geirrt hat und Tausende, Millionen Bürger in dieser Weise hinters Licht geführt hat, daraus auch die persönlichen Konsequenzen zieht.

Seite 7

### **Gerhard Stoltenberg:**

Wir brauchen von der Bundesregierung vor allem ein Programm zur Förderung des Wachstums, zur Stärkung der Finanzkraft des Staates. Beides ist untrennbar miteinander verbunden.

Seite 9

### **Hans Katzer:**

Die Christlichen Demokraten haben 1957 die brutto-dynamische Rente nicht geschaffen, um mitzuhelfen sie unter Ihrer Regierung wieder abzubauen. Dasselbe gilt für die Kriegsopferversorgung, und dasselbe gilt auch für den Verteidigungshaushalt, denn innere und äußere Sicherheit sind für uns die beiden Seiten einer Medaille.

Seite 11

### **Rainer Barzel:**

Es ist doch gar keine Frage, daß der Präsident der Bundesbank die Inflation als ein überwiegend hausgemachtes Problem ansieht. Dies hat er oft genug gesagt. Denn Inflation und Arbeitslosigkeit bei einem Rückgang der Investitionen hatten schon begonnen, bevor die Ölscheichs in Erscheinung traten.

Seite 12

### **Helmut Schmidt und die Wahrheit:**

Was die Regierungserklärung gebracht hat, ist wiederum eine großangelegte Vernebelungsstrategie über die Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise in der Bundesrepublik Deutschland.

Dokumentation

### **Der richtige Mann gegen Schmidt:**

Der Gang, den Karl Carstens im Bundestag antrat, um Helmut Kohl zu gratulieren, und der Beifall der gesamten Opposition, also einschließlich der CSU, waren Ausdruck der Erkenntnis, daß der richtige Mann gegen Helmut Schmidt ins Rennen geschickt worden ist.

Presse-Echo Seite 13

Helmut Kohl antwortet dem Bundeskanzler:

## Wir fordern eine neue Politik auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft

**Drei Schwerpunkte hat die Rede des Kanzlerkandidaten der Union: Kritik an Helmut Schmidts Flucht aus der Verantwortung; Kritik an dem vertrauenzerstörenden Klassenkampfdenkens der SPD; das Angebot der CDU/CSU, bei Kurskorrektur Verantwortung mitzutragen.**

**E**s bleibt hier nüchtern festzustellen, daß die Regierung der SPD/FDP, daß Willy Brandt und nicht zuletzt Sie, Herr Bundeskanzler Helmut Schmidt, im Jahre 1969 von dem Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger ein blühendes Gemeinwesen übernommen haben. Das ist die Ausgangsposition.

Herr Bundeskanzler, ich hätte von Ihnen erwartet, daß Sie in dieser Stunde, der Stunde der Wahrheit, bei all dem, was von 1969 bis 1975 war, die Chance wahrnehmen, bei so viel gutem Willen in allen demokratischen Parteien in unserem Lande den Aufbruch zu einer neuen Politik zu wagen und die notwendigen Entscheidungen vorzuschlagen; denn die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise unseres Landes ist doch nicht nur Ergebnis kurzfristigen aktuellen Versagens, sondern ist das Ergebnis einer sechsjährigen Politik vor

allem der SPD, sie ist das Ergebnis eines falschen Grundansatzes, eines sozialistischen Überzeugungstrends, der eben in der modernen Industriegesellschaft der Bundesrepublik Deutschland falsch ist.

Das Wirtschaftswachstum ist der Schrumpfung gewichen. An Stelle von Vollbeschäftigung haben wir Arbeitslosigkeit in einer Größenordnung, die Sie selbst einmal als gänzlich unerträglich bezeichnet haben.

**Sie, Herr Bundeskanzler, und Ihre Freunde haben die Grundsätze solider Finanzpolitik verlassen. Sie haben längst Erreichtes ausgehöhlt und Entwicklungen in Gang gesetzt, die wir alle längst überwunden geglaubt hatten.**

Viele unserer Mitbürger sind unsicher geworden, unsicher, was ihre persönliche Zukunft betrifft, unsicher über die wirtschaftliche Entwicklung. Das ist die schlimmste Bilanz dieser sechs Jahre. Und das ist ein Ergebnis Ihrer Regierung, die noch vor wenigen Jahren in die Wahlkämpfe gezogen ist mit Parolen wie: „Ihre Stimme für die SPD ist eine Stimme für stabile Preise, stabile Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze.“ Und ein anderes Zitat: „Wenn Sie ein Deutschland ohne Wirtschaftskrisen wollen, dann gibt es nur eins: Wählen Sie SPD!“ Und: „Seit Sozialdemokraten regieren, geht es aufwärts.“

**Die Art und Weise, wie Sie, Herr Bundeskanzler, und Ihre Freunde vor gerade vier Monaten bei den Wahlen an der Saar und in Nordrhein-Westfalen die Bürger bewußt hinters Licht geführt haben, macht eine normale politische Diskussion in diesem Lande unendlich schwer.**

Herr Bundeskanzler, Sie machen es sich zu einfach, wenn Ihr Argument lautet: Alle anderen sind schuld, nur nicht die Regierung.

Wir haben außenwirtschaftliche Einflüsse niemals geleugnet. Wir sind nicht bereit, Ihre Tätigkeit und Ihr Versagen im Bereich der hausgemachten Inflation damit totzuschweigen. Es ist doch die Feststellung nicht zu widerlegen, daß die private Investitionsneigung in unserer Wirtschaft bereits vor dem Ausbruch der Energiekrise zurückgegangen war. Die Hauptursachen dieser Rezession sind hausgemacht, und dafür tragen Sie, Herr Bundeskanzler, die Verantwortung! Wer so wie Sie, die Verunsicherung der Wirtschaft in den Grundlagen zuläßt, der darf sich über die Konsequenzen ganz einfach keiner Täuschung hingeben. Der notwendige wirtschaftliche Aufschwung in diesem Lande wird erst dann kommen, wenn die Teile der SPD, die dies betreiben, auf Zeit und Dauer und nicht nur bis zur nächsten Bundestagswahl allen sozialistischen Experimenten abschwören! Das ist die Voraussetzung.

**Wer wie Sie zuläßt, daß Ertrag als bloßer Profit diffamiert wird, daß Leistung diffamiert und als etwas Altmodisches, Abgestandenes, Kapitalistisches dargestellt wird, wer zuläßt, daß in nicht wenigen Bereichen der Sozialdemokratischen Partei**

**Neid als Mittel der Politik hochstilisiert wird, darf sich nicht wundern, wenn die Folgen so sind, wie wir sie heute haben.**

Der weitschauende Bundeswirtschaftsminister stellte in seinem Vortrag fest, daß eine nachhaltige Verunsicherung durch die öffentliche Auseinandersetzung über systemverändernde Forderungen bestehe. Meine Damen und Herren von der SPD, das sagte nicht Franz Josef Strauß auf dem CSU-Parteitag, sondern das sagte Bundesminister Friederichs vor der FDP, und er muß es im täglichen Umgang mit Ihnen doch wissen.

Fast jeden Sonntag kann man etwas erfahren und montags lesen: Forderungen nach Investitionslenkung, Vergesellschaftung der Banken, permanente Kritik an den Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft, Verteufelung des Gewinns ohne Einsicht in seine volkswirtschaftliche Funktion. Das ist Klassenkampfdenken von gestern.

**Voraussetzung einer neuen Politik ist, daß das Ausmaß der Finanzkrise auf allen Ebenen der staatlichen Tätigkeit offenlegt wird und nicht auf finanzpolitischen, etatmäßigen Verschiebebahnhöfen landet, daß der Bürger darüber informiert wird, wo gespart werden muß.**

Die wirkliche Alternative ist, ihm das Vertrauen zu geben, daß das, was jetzt als Einschränkung temporär auf ihn zukommt, von ihm wegen der Zukunft dieses Landes mitgetragen werden muß. Das ist die eigentliche Alternative auch im Politischen.

Aber wenn dieses Land zunehmend in große Schwierigkeiten hineingerät, daß an den Rändern der demokratischen

Struktur schon die radikalen Aasgeier von rechts und von links lauern, um dabei vielleicht billige Geschäfte zu machen, wäre es ein Verrat an dem Gesetz des Anfangs der CDU/CSU, wenn wir nicht ganz selbstverständlich auch in der Opposition unsere Verantwortung für dieses Land sähen und diese Verantwortung übernehmen. Und jetzt fragen Sie: Was sagt ihr denn im Detail? Darauf sage ich zunächst einmal das, was einer der ganz Großen Ihrer Fraktion, Alex Möller, zu diesem Thema klassisch formuliert hat. Ich spreche jetzt nicht von seinem Abschiedsbrief, sondern von seiner Rede am 10. November 1966. Alex Möller sagte damals — ich darf zitieren:

*Politisch bleibt entscheidend, daß keine Opposition aus ihrer Position heraus Alternativen entwickeln kann, die die letzte Aussagekraft besitzen, da ja nicht sie Regierungspolitik betreibt.*

*Jeder Haushalt ist aber die in verpflichtenden Zahlen ausgedrückte Regierungspolitik. Sowohl die Einnahme- als auch die Ausgabeseite werden immer maßgebend von Gesetzen und deren Zielsetzung beeinflußt, für die in vollem Umfang die Regierungskoalition und nur höchstens partiell die Opposition Verantwortung trägt. Wer diese Überlegungen mit einer Handbewegung abtut, verkennt die Zusammenhänge und begeht eine in der Politik unverantwortliche Kurzsclußhandlung: er ist unrealistisch!*

Unser Angebot steht, wir sind Verantwortung zu tragen bereit. Aber Sie tragen die Regierung, Sie haben den Apparat, und Sie haben die Pflicht, jetzt zu regieren, und zwar kraftvoll und mit Mut.

**Wir fordern als Alternative eine grundsätzliche Kurskorrektur, eine**

**neue Politik auf der Basis und den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, die Systemveränderungstendenzen in allen Bereichen ausschließt. Wir sind dann bereit, damit unsere Verantwortung mitzutragen und das Notwendige zu tun.**

Herr Kollege Carstens hat gerade für die CDU/CSU hier angeboten, daß wir alle kostenwirksamen eigenen Vorschläge zurückziehen. Ich kann Ihnen nur raten: Tun Sie das gleiche.

Ein kurzes Wort zum Thema der Mehreinnahmen aus der Steuererhöhung, die für 1977 in einer Größenordnung von 13 Milliarden DM vorgesehen ist und bis 1979 auf eine Größenordnung von 18 Milliarden DM ansteigen soll. Die Bundesregierung erwartet eine Steigerung des Ausgabevolumens in den Jahren 1976 bis 1979 zwischen 4 $\frac{1}{2}$  und 6 $\frac{1}{2}$  % bei einer Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts von 9 $\frac{1}{2}$  bis 10 $\frac{1}{2}$  %.

Die letzte Zahl stammt von Ihnen; ich habe sie nicht zu vertreten, Graf Lambsdorff. Zugleich erwartet die Regierung, daß die öffentlichen Hände ihre Investitionen im Durchschnitt der nächsten Jahre regelmäßig um 8 % steigern. Dies ist eine der Voraussetzungen für das wirtschaftliche Wachstum und damit eine der Grundlagen der geschätzten Steuereinnahmen. Ich gehe jetzt von Ihrer eigenen Prämisse aus.

**Mehreinnahmen von 10 Milliarden DM aus der Mehrwertsteuer bedeuten aber mindestens 4 bis 5 Milliarden DM Mehrbelastung der öffentlichen Haushalte infolge der Preiswirkungen, die sich auf Grund der Erhöhung der Mehrwertsteuer im Personal-,**

**Sach- und Investitionsbereich nach den bisherigen Erfahrungen ergeben. Auch das ist doch eine der zwingenden Wahrheiten.**

Geht man außerdem von der Annahme regelmäßiger Zuwachsraten des realen Bruttosozialprodukts aus, läßt man die Inflationsrate von 5% außer Betracht, wird man davon ausgehen können, daß dieses Potentialwachstum möglicherweise die Untergrenze der jährlichen regelmäßigen Lohn- und Gehaltsforderungen sein wird. Setzt man dann auch noch die jährliche Inflationsrate ein, welche die Bundesregierung mit 5½% bis 4½% angibt, dann ist doch, auch wenn man sie nur teilweise prozentual berücksichtigt, der zugebilligte Wachstumsspielraum für die öffentlichen Haushalte bereits erschöpft.

Das ergibt sich zwingend aus dieser Rechnung. Gleichzeitig — das ist hier nachzutragen — soll aus diesen öffentlichen Haushalten aber auch noch eine regelmäßige Steigerung der Investitionsausgaben in Höhe von 8% zur Ankurbelung der Wirtschaft geleistet werden. Die Rechnung, meine Damen und Herren, stimmt doch hinten und vorne nicht.

Diese Projektion der Bundesregierung führt dazu, daß die Länder und die Gemeinden nicht in der Lage sein werden, die notwendigen Investitionen, die wir auch volkswirtschaftlich brauchen, für die nächsten Jahre zu tätigen.

Wenn Sie jetzt zum Mittel der Steuererhöhung greifen, ist das eine Notbremse, die das Land in nichts voranbringt, die aber vor allem die Bezieher niedriger Einkommen entscheidend beeinträchtigt, die auf Grund ihres verhältnismäßig großen und auch flexiblen Ausga-

benanteils für Güter des täglichen Bedarfs, für Ernährungsgüter und andere am stärksten betroffen sind.

**Der Abbau, der wirkliche Abbau, meine Damen und Herren von der SPD, von sozialen Leistungen wird kaschiert, indem man ihn der Preisentwertung überläßt und gar nicht daran denken kann, einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen.**

Herr Bundeskanzler, ich will Ihnen noch einmal sagen, Sie werden unsere Unterstützung bekommen, wenn Sie auf dem Weg, den ich skizziert habe, mit Entschlossenheit voranschreiten. Dies ist ein Denkansatz, der unsere Probleme lösen kann. Es ist dann nicht gut, wenn wir womöglich — ich sage das noch einmal — Verantwortung zwischen Bund und Ländern hin- und herschieben versuchen. Wir haben vor keiner Wahl — auch nicht vor der in Nordrhein-Westfalen — die Meinung zurückgehalten, daß wir bereit sind, aus unserer Verantwortung auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Wir selbst haben in Fernsehdiskussionen über dieses Thema gesprochen. Es geht jetzt einfach darum, im Blick auf die Zukunft eine neue Politik einzuleiten und eine neue Perspektive für die Politik zu gewinnen.

Jetzt ist nicht die Stunde des Vernebelns und des Beschönigens; jetzt ist die Stunde der Wahrheit. Jetzt ist die Stunde des Mutes, um womöglich auch unpopuläre Entscheidungen durchzusetzen, wenn sie für die Zukunft unseres Landes notwendig sind. Ich darf hier für CDU und CSU erklären: Wir sind als deutsche Patrioten und Demokraten bereit, nach entsprechender Prüfung unseren Beitrag zu einer solchen neuen Politik der Vernunft zu leisten.

Karl Carstens fordert den Bundeskanzler auf:

## Sie haben Millionen Bürger hinters Licht geführt — Treten Sie zurück!

**Der Vorsitzende der Unionsfraktion verlangt von der SPD/FDP die Abkehr von ihrer verlogenen und ideologiebezogenen Politik und nennt acht Punkte als Voraussetzung für eine Wende zum Besseren.**

**N**och am 11. Mai dieses Jahres erklärte der Bundeskanzler im Deutschlandfunk — „Die finanzwirtschaftliche Situation des Jahres 1975 macht mir überhaupt keine Sorgen. Das Jahr 1975, in dem wir gegenwärtig leben, macht finanzwirtschaftlich keine ernstesten Schwierigkeiten.“ Zweieinhalb Monate später beschließt das Kabinett einen Nachtragshaushalt für 1975, der bei einem Gesamtvolumen der Ausgaben von 161,5 Mrd. DM eine Neuverschuldung von fast 38 Mrd. DM vorsieht. Um das zu verdeutlichen: 38 Milliarden DM ist eine große Zahl, viele unserer Bürger ermessen gar nicht richtig, was das ist.

Ebenso falsch wie die Voraussagen des Bundeskanzlers über die Entwicklung der Bundesfinanzen haben sich seine Konjunkturprognosen erwiesen. Charakteristisch sind seine Ausführungen in den Landtagswahlkämpfen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland. Unzählige Male sagte er den Aufschwung für den Frühsommer voraus. Mit diesen Erklärungen hat sich der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

einer massiven Täuschung der Bürger und Wähler in unserem Lande schuldig gemacht. Jetzt sagt er in aller Unbefangenheit — „Das war ein Irrtum“. Ja, was heißt das denn, wenn der Bundeskanzler sich so von einer seiner zentralen Aussagen noch vor vier oder fünf Monaten distanziert, daß er einfach sagt, das war und ist ein Irrtum.

**Dann, meine ich, wäre es an der Zeit, daß ein Mann, der sich in einer so wichtigen Frage so fundamental geirrt hat und Tausende, Millionen Bürger in dieser Weise hinters Licht geführt hat, daraus auch die persönlichen Konsequenzen ziehen würde.**

Letztlich ist die Finanzkrise, in der wir uns jetzt befinden, die zwangsläufige Folge der falschen sozialistischen Zielvorstellungen, daß nämlich je mehr der Staat macht, dies desto besser für die Bevölkerung sei. Mit jedem Reformprojekt, das uns hier vorgelegt wurde, war eine Ausweitung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt, war eine Ausweitung der Personalausgaben verbunden mit der Folge, daß die Staatsquote jetzt 47 % des Bruttosozialproduktes ausmacht. Vor fünf Jahren waren es noch 37 Prozent.

Aber dazu kommt eine weitere Ursache, die Sie und Ihre Partei zu verantworten haben, eine weitere Ursache für unsere derzeitige Krise. Es kommt nämlich hinzu die jahrelange, systematische Verunglimpfung der Unternehmer und der

Wirtschaft als der Profitmacher, als der Ausbeuter und wie das alles geheißsen hat.

**Wenn Sie einer Unternehmer-schaft, einer Wirtschaft, die auf den Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft groß und blühend geworden ist, jede Woche einmal vorhalten, sie sei ein Ausbeuter, sie ließe sich von Profitgier leiten, man müsse diese oder jene Unternehmensbranche so schnell wie möglich verstaatlichen, man müsse ihre Investitionen lenken, so ist natürlich die Folge davon, daß Sie dadurch eine riesige Unsicherheit in diesem Lande erzeugen.**

## Acht Forderungen der Union:

1. Die CDU/CSU fordert von der Regierung die rückhaltlose Darlegung des Ausmaßes der Krise. Nur wenn wir und unser Volk wissen, wo wir wirklich stehen, können wir Verständnis für die notwendigen Maßnahmen verlangen. Das hat mit Rechthaberei nichts zu tun, sondern eine richtige Diagnose ist die unerläßliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Therapie.
2. Die CDU/CSU-Fraktion ist bereit, auch unpopuläre Entscheidungen mitzutragen, wobei wir uns aber selbstverständlich vorbehalten, in bestimmten Bereichen die Einsparungen anders als die Regierung anzusetzen.
3. Wir erwarten von der Bundesregierung weitere Einsparungsvorschläge, nachdem die wiederholten Behauptungen der Bundesregierung, der Spielraum sei ausgeschöpft, jeweils

kurz darauf von ihr selber Lügen gestraft wurde.

4. Wir fordern nachhaltige Bemühungen der Bundesregierung zur Vereinfachung der Gesetzgebung und zur Entlastung der Verwaltung. Bei den Personal- und Sachkosten müssen erheblich größere Einsparungen als bisher geplant und durchgeführt werden. Es ist nicht die Schuld der Beamten, daß sich der Verwaltungsapparat ständig weiter aufbläht, sondern es ist die Schuld des Gesetzgebers, hier der Koalitionsfraktionen.
5. Manche Aufgabe, die der Staat an sich gezogen hat, können von der privaten Wirtschaft besser und billiger erfüllt werden. Das gilt nicht nur für den kommunalen Bereich. Wir erwarten dazu konkrete Vorschläge der Bundesregierung.
6. Wir fordern die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen auf, bis zur Sanierung der Staatsfinanzen keine neuen ausgabeerhöhenden Gesetze vorzulegen. Eine grundsätzliche Ausnahme gilt nur für die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungsanpassungen.
7. Wir haben jetzt den Beschluß gefaßt, sämtliche von uns eingebrachten finanzwirksamen Gesetzinitiativen zurückzuziehen. Wir verzichten damit in dieser Legislaturperiode auf wichtige gesellschaftspolitische Anliegen der CDU/CSU, weil wir uns der Verantwortung stellen, die öffentlichen Finanzen zunächst wieder in Ordnung zu bringen.
8. Weil ohne Wiederbelebung der Wirtschaft und die Überwindung der Arbeitslosigkeit die Sanierung der Staatsfinanzen nicht gelingen kann, muß die Investitionstätigkeit der Betriebe gefördert werden.

Gerhard Stoltenberg mahnt die Regierung:

## Wir brauchen ein Programm zur Förderung des Wachstums

**Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident stellt fest, daß die Bundesregierung nicht fähig ist, die Überwindung der Rezession mit der Wiederbelebung der Wirtschaft auf einen Nenner zu bringen.**

**W**ir sind der Überzeugung, daß bestimmte steuerliche Erleichterungen für die Betriebe notwendig sind. Es hat nicht viel Sinn, wenn der Bundeskanzler, offenbar inspiriert von Herrn Palme, jetzt neue Modelle sucht, die bis in das Gesellschaftsrecht hineinreichen, mit dem Unterschied zwischen Unternehmen und Unternehmern.

Ich begrüße, daß bei der FDP das Stichwort „Vermögensbildung“ aufgenommen wurde. Wir haben diesen Zusammenhang immer betont. Es ist der Zusammenhang zwischen dem notwendigen wirtschaftspolitischen Ziel der Stärkung der Investitionen und dem großen gesellschaftspolitischen Ziel der Verbreiterung der Basis der Eigentümer am Produktivvermögen.

Wir vermissen die Verdeutlichung dessen, was der Wirtschaftsminister am 26. Juli angesprochen hat: die Dringlichkeit zur Förderung der Innovation und verbesserter Bedingungen für Forschung und Technologie. Wir vermissen das, nachdem diese Regierung zweimal in Steuergesetzen gegen unsere Bedenken steuerliche Erleichterungen für die

Förderung der Innovation der Forschung und Technologie abgebaut hat. Man sagt, diese Formen seien nicht mehr angemessen gewesen. Dann hätte man aber andere suchen müssen.

**Der Bundeskanzler hat neulich abends in München im Fernsehen in einem Nebensatz hörbar gesagt, die Lohnquote sei zu hoch. Ja, wer so etwas von uns gesagt hätte, wäre vor dem 4. Mai gesteinigt worden.**

Aber es ist nicht nur eine Frage der Lohnquote, es ist eine Frage der Gesetzgebung dieser Koalition, welche die Lasten für die Betriebe und weithin auch für die Arbeitnehmer so exorbitant gesteigert hat. Sie hätten, statt im Frühjahr vor den Wahlen falsche Parolen auszugeben, damals die notwendigen Beschlüsse fassen sollen. Das wäre eine mutige und ehrliche Politik gewesen.

Im übrigen muß man dem Bundeskanzler sagen, er sollte die Kritiker nicht so abtun. Es sind ja nicht nur die besoldeten Interessenvertreter der Verbände, es sind ja auch unabhängige Sachverständige, namhafte Stimmen der Wissenschaft und viele unabhängige Publizisten, die diesen Ansatz mit uns für falsch halten.

**Wir brauchen von der Bundesregierung vor allem ein Programm zur Förderung des Wachstums, zur Stärkung der Finanzkraft des Staates. Beides**

## ist untrennbar miteinander verbunden.

In diesem Jahr gehen die Prognosen des vergangenen Herbstes, als die Bundesregierung noch bestritt, daß es überhaupt eine Rezession geben werde, und das voraussichtliche Ist des Jahres 1975 um etwa 6% auseinander. Statt Wachstum um 2% oder 3% eine Rezession von 3½% oder 4%! Das macht im Ergebnis über 20 Milliarden DM aus.

Wenn der Bundeskanzler sich hier auf seine europäischen Konsultationen be ruft, so kann ich nur sagen: Die Dänen, mit denen er in Sonderburg gesprochen hat — es waren die Sozialisten in diesem Falle —, und die Holländer, mit denen er, wenn ich mich richtig erinne re, am Brahmsee gesprochen hat, ma chen genau das Gegenteil von dem,

was er hier als Rezept verschreiben wird. Sie senken die Mehrwertsteuer für dauernd oder temporär und haben da mit, glaube ich, einen richtigeren An satz gewählt.

## Die fiskal- und finanzpolitische Diskussion muß eingebunden werden in eine Gesamtdiskussion über die Frage der Überwindung der Rezession im Rahmen unserer nationalen Möglichkeiten zur Wiederbelebung der Wirtschaft und damit auch zur Überwindung der Arbeitslosigkeit.

Diese Einordnung ist uns die Bundesre gierung schuldig geblieben, weil offen sichtlich die in ihr vertretenen Kräfte nicht in der Lage sind, die notwendigen Entscheidungen für ordnungspolitische, gesellschaftspolitische und finanzpoliti sche Rahmenbedingungen zu fällen.

## Hans Katzers Ratschlag an die Tarifpartner:

# Investivlohn gründlich prüfen

**Renten, Kriegsopferversorgung und Verteidigungshaus halt bezeichnet der Vor sitzende der CDU-Sozial ausschüsse als tabu. Er entlarvt Apel als unseriös. Aber er zeigt auch den Ausweg aus der Misere.**

**E**s muß uns allen klar sein: Wenn der Staat, wenn die Wirtschaft kein Geld mehr haben zu investieren, dann ist der Anfang vom Ende gekommen, auch der Anfang vom Ende von soliden Sozialfinanzierungsleistungen.

„Sie sprechen, Herr Kollege Apel, von der Verunsicherung der Wirtschaft.“ Aber die Verunsicherung entsteht doch durch das dauernde Hin und Her der Regierung, weil keine Klarheit über ihre Politik herrscht. Wenn Herr Finanzminister Apel im August 1974 zur Frage der Mehrwertsteuer erklärt, es sei ausgeschlossen, „daß wir zum Ausgleich für die Entlastung durch die Steuerreform andere Steuern, z. B. die Mehrwertsteuer erhöhen“, darf er sich nicht wundern, daß von diesem Hüh und Hot der Regie rung die Unsicherheit in die Wirtschaft kommt.

Nun hat Herr Kollege Apel in der ihm

eigenen Sprache gesagt: „Also, Opposition — ,ran an die Rentner, ,ran an die Kriegssopfer!“ Ich will Ihnen hier eines deutlich sagen:

**Die Christlichen Demokraten haben 1957 die bruttodynamische Rente nicht geschaffen, um mitzuhelfen, sie unter Ihrer Regierung wieder abzubauen. Dasselbe gilt für die Kriegssopferversorgung, und dasselbe gilt auch für den Verteidigungshaushalt, denn innere und äußere Sicherheit sind für uns die beiden Seiten einer Medaille.**

„Bisher, Herr Kollege Apel, haben Sie immer gesagt: Die Opposition betreibt Obstruktion, sie spielt die Rolle des großen Bremsers. Heute stellen Sie fest: von 37 Gesetzen hat sie 36 zugestimmt. Sie müssen sich erst einmal darüber klarwerden, welche Rolle Sie der Opposition eigentlich zudiktieren wollen. Sie reden einmal so und einmal so, wie es Ihnen gerade paßt.“

Es kann nicht Aufgabe unserer Politik sein, Arbeitslosigkeit zu bezahlen. Aufgabe unserer Politik muß es sein, Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

**100 000 Arbeitslose erfordern einen Kostenaufwand von 900 Millionen DM. Wenn ich diese in Arbeit bringe, erwirtschaften sie ein Sozialprodukt von 1,5 Milliarden DM, zahlen davon Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Hier wird doch ganz klar, daß das ökonomisch der vernünftige Weg ist.**

Wie ehrlich ist eigentlich eine Regierung, deren Arbeitsminister noch im August dieses Jahres feststellte, die Grenze der Belastbarkeit der Einkommen sei erreicht, und noch am 21. August in der Antwort auf unsere Kleine

Anfrage den Abbau sozialer Leistungen bestreitet, und der wenige Tage später in der Kabinettsitzung der Erhöhung der Steuern und der Arbeitslosenversicherungsbeiträge zustimmt.

Die Alternative der Politik, die die Oppositionsparteien vorschlagen, heißt: Zukunftssicherung durch Investitionen. Wir machen Vorschläge dazu auf zwei Ebenen.

■ Erstens halten wir es in der Tat für erforderlich, daß wir in dieser schwierigen Situation den Unternehmungen auch steuerliche Erleichterungen geben, damit sie wieder investieren können.

■ Zweitens wollen wir dies mit einer breiten Vermögensbildung der Arbeitnehmer verbinden.

Wenn wir in die Tarifrunde des Herbstes gehen, kann es als Parlament nicht unsere Aufgabe sein, Leitlinien oder so etwas zu setzen. Es kann wohl aber unsere Aufgabe sein, den Tarifvertragsparteien den Ratschlag zu geben:

**Wie wäre es eigentlich, wenn ihr einmal dem Gedanken des Investivlohns, den wir seit zwanzig Jahren in die Diskussion einzuführen versuchen, näher treten würdet? Wie wäre es, wenn der Barlohnanteil jetzt etwas niedriger ausfällt, dafür aber — damit nichts unter den Tisch fällt — ein investiver Anteil dazugelegt wird, der dann ausgezahlt wird, wenn die Zeit reif ist.**

Es ist zwar eine Kostenbelastung, die aber erst zu einem späteren Zeitpunkt auftritt und nicht jetzt im Augenblick, denn das Geld bleibt ja im Unternehmen stehen, und es kann damit gearbeitet werden. Dies ist ein Vorschlag, der Arbeitnehmern und Unternehmungen gerecht wird.

Rainer Barzel präsentiert die Rechnung:

## Von 60 Milliarden Defizit sind 30 Milliarden unseriöse Schulden

**An Hand harter Details nagelt Barzel die Bundesregierung auf ihre Verantwortung fest und kennzeichnet die Krisenmacher der SPD als leichtsinnig, unseriös und fachlich ihren Aufgaben nicht gewachsen.**

**W**ir verantworten es nicht, daß durch Ihre Politik aus einem greifbaren Überschuß in der Kasse von Kurt Georg Kiesinger — im September 1969 betrug der reale Überschuß 2,2 Milliarden DM — innerhalb sechs Jahren im September 1975 ein Fehlbetrag von 40,86 Milliarden DM geworden ist.

Wir verantworten es nicht, daß sich der Staatsanteil — in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in v. H. des Bruttosozialproduktes — von 37,3 % im Jahre 1970 auf 47 % im Jahre 1975 gesteigert hat, daß also der Anteil der Bürger am Erarbeiteten sinkt und der des Staates galoppierend ansteigt, daß die Hälfte der Staat beansprucht.

Wir verantworten es nicht, daß trotzdem die Investitionsquote des Bundes, d. h. die Aufwendungen für eine moderne Zukunft, von 17 % im Jahre 1970 auf 12,8 % im Jahre 1978 sinkt.

**Wir verantworten es nicht, daß die Bundesregierung diese tiefgehende Strukturkrise in ihrer**

**Analyse und in ihrem Konzept nicht einmal zur Kenntnis nimmt.**

Und wir verantworten auch nicht, daß sich der Personalbestand im öffentlichen Dienst im Bund so ausgeweitet hat: verdoppelt in den Jahren 1969 bis 1973, verglichen mit den Jahren 1961 bis 1969.

Wir verantworten es nicht, wenn der Wissenschaftliche Beirat des Bundesfinanzministeriums im August 1975 feststellt, das Defizit der öffentlichen Finanzen — insgesamt der Haushalte, nicht allein des Bundes — betrage über 60 Milliarden, nur etwa die Hälfte davon sei auf die schlechte Konjunktur zurückzuführen, die andere Hälfte sei Ausdruck eines strukturellen Haushaltsungleichgewichts; das heißt im Klartext: 30 Milliarden unseriöse Schulden.

**Es ist doch gar keine Frage, daß der Präsident der Bundesbank die Inflationierung als ein überwiegend hausgemachtes Problem ansieht. Dies hat er oft genug gesagt. Denn Inflation und Arbeitslosigkeit bei einem Rückgang der Investitionen hatten schon begonnen, bevor die Ölseiche in Erscheinung traten.**

Wenn Sie sich die internationale Statistik des Investitionszuwachses ansehen, werden Sie feststellen, daß die Bundesrepublik Deutschland mit Null auf die letzte Stelle zurückgefallen ist.

## ■ PRESSE-ECHO

# Der richtige Mann gegen Schmidt

### Rhein-Zeitung:

„Zum ersten Mal trafen die Kanzlerkandidaten des Bundestagswahlkampfes 1976 im Parlament aufeinander. Von nun an werden sie einander und das Publikum beide nicht mehr aus den Augen lassen. Helmut Kohl hat die erste Runde gegen Helmut Schmidt gewonnen.“

### Frankfurter Neue Presse:

„Kohl focht hart in der Sache, Schmidt wurde nichts geschenkt. Aber eine Linie möglichen gemeinsamen Handelns aller Parteien blieb dank Kohl erhalten. Sein erster hochpolitischer Auftritt im Bundestag entsprach seinen Qualitäten. Der mit allen Wassern gewaschene amtierende Kanzler darf seinen Konkurrenten nicht unterschätzen. Dieser kann wohl mithalten.“

### Hannoversche Allgemeine Zeitung:

„Der Gang, den Karl Carstens im Bundestag antrat, um Kohl zu gratulieren, und der Beifall der gesamten Opposition, also einschließlich der CSU, waren Ausdruck der Erkenntnis, daß der richtige Mann gegen Helmut Schmidt ins Rennen geschickt worden ist. Die Koalition sah und hörte es mit gemischten Gefühlen.“

### FAZ:

„... der Herausforderer Helmut Schmidts ist dabei, eine neue Dimension zu gewinnen. Die Fähigkeit, bei rigoroser Abgrenzung dort, wo die Auseinandersetzungen wurzeln, am Ende doch den Blick fast versöhnlich auf das Ganze zu richten, hat an diesem Tag beeindruckt, und ganz offenbar nicht nur in den eigenen Reihen.“

### Neue Osnabrücker Zeitung:

„Die Koalition wurde durch die temperamentvollen Beiträge von Oppositionsführer Karl Carstens und des CDU/CSU-Kanzlerkandidaten Helmut Kohl von der durch Herbert Wehner verordneten Offensive in die Defensive gedrängt. ... Der Schock über die Wandlung des einstigen Reformeifers in eine Politik des nackten Überlebens ist noch nicht überwunden.“

### Westfälische Rundschau:

„Der Vorsitzende aus Mainz, in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident im Hohen Haus, gab sich in seiner Rede derart kämpferisch und schlagfertig, daß es die Unionsparlamentarier im Plenum vor Begeisterung fast von den Stühlen riß.“

## **Kölnische Rundschau:**

„Das gute Abschneiden der Opposition ist wesentlich zurückzuführen auf den Auftritt von Helmut Kohl. Kein Zweifel mehr: Der CDU-Vorsitzende hat eine wichtige Bewährungsprobe bestanden... Er war sachlich und energisch zugleich, niemals ausfallend, schon gar nicht verletzend und weit weniger besserwisserisch, als normalerweise von einem Oppositionsführer erwartet wird. Dies ist ein neuer, ein guter Stil, und wenn der Deutsche Bundestag ihn annimmt, wäre es für ihn zum Vorteil.“

## **Mannheimer Morgen:**

„Graf Lambsdorff von der FDP meinte, der CDU-Vorsitzende und Kanzlerkandidat der Union, Helmut Kohl, habe eine eindrucksvolle Rede im Bundestag gehalten. Es fällt nicht schwer, sich dieser Meinung anzuschließen. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident... hat sich bei seinem zweiten Auftritt im Bonner Parlament erstaunlich sicher und routiniert gezeigt... Helmut Kohl hat nicht nur Zweifler überzeugt, er ist an diesem 17. September, auch im Bonner Parlament, zu einer respektierten und ernst zu nehmenden Alternative zu Helmut Schmidt geworden.“

## **Neue Rhein-Zeitung:**

„Helmut Kohl hat seinen ersten Auftritt vor dem Bundestag nach seiner Ausrufung zum Kanzlerkandidaten der CDU und CSU in überraschend guter Form hinter sich gebracht. Er warf sich die Toga des Staatsmannes über die Schulter, und sie stand ihm gut.“

## **Abendzeitung, München:**

„Kohl war kämpferisch und ließ dennoch einen schmalen Pfad für Gemeinsamkeiten. Ihm assistierten zum vertrauensereckenden Allgemeinbild der Union Gerhard Stoltenberg und vor allem Rainer Barzel.“

## **Kölner Stadt-Anzeiger:**

„Am ersten Tag hatte die Regierung bis in die Abendstunden Mühe, den von Helmut Kohl geführten und zumal von Rainer Barzel flankierten Frontalangriff auch nur halbwegs zu parieren. Dabei zeigte sich, daß die Opposition jeden Respekt vor dem gefürchteten rhetorischen Waffenarsenal des Kanzlers verloren hat. Diesen Eindruck mag Helmut Schmidt selbst noch verstärkt haben, weil er — nur eine Folge physischer Überlastung? — die an ihm gewohnte Überlegenheit nicht ausstrahlte. Er zeigte Schwächen.“

## **Rheinische Post:**

„... das Bild vom starken Kanzler Schmidt, der Wirtschaftskrisen wie weiland die Hamburger Hochwasserkatastrophe eindrucksvoll zu meistern versteht, ist verblaßt.“

## **Südwestfunk:**

„Der eindeutige Gewinner dieser gestrigen und heutigen Redeschlachten im Deutschen Bundestag war Helmut Kohl.“

## ■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

### Neu im Angebot

#### Broschüre:

Helmut Kohl

#### „Mut zur Entscheidung“

Wortlaut der Rede des Kanzlerkandidaten der Union in der Debatte des Deutschen Bundestages am 17. September 1975.

Mindestabnahme: 20 Exemplare

Preis: 0,25 DM pro Exemplar

Bestellnummer 3384

Die vielbeachtete Rede von Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag war ein deutlicher Beweis dafür, daß die Union zu Recht den Anspruch auf Übernahme der Regierungsverantwortung in Deutschland erhebt. Der Kanzlerkandidat der Union konnte für sich und seine Partei weitere wichtige Punkte verbuchen.

#### Weitere Broschüren:

Helmut Kohl

#### „Unsere Politik — Deutschlands bessere Alternative“

Rede vom Mannheimer Parteitag

Mindestabnahme: 20 Exemplare

Preis: 0,25 DM pro Exemplar

Bestellnummer: 3358

Helmut Kohl

#### „Mut für eine politische Zukunft“

Mindestabnahme: 20 Exemplare

Preis: 0,30 DM pro Exemplar

Bestellnummer: 3330

Helmut Kohl

#### „CDU und Gewerkschaften“

Mindestabnahme: 20 Exemplare

Preis: 0,26 DM pro Exemplar

Bestellnummer: 310

### Neue Wandzeitung

Was können wir Ihnen eigentlich noch glauben, Herr Bundeskanzler?

Schritt zur Initiative  
"Initiative des Herrn 'Mittelstand'"  
1975 10 1975

Schritt zur Währungsreform  
"Schritt zur Währungsreform  
aber im Februar 1975  
wenn wir endlich  
100 DM haben"

Schritt zur Mehrwertsteuer  
"Schritt zur Mehrwertsteuer  
die durch den Staat  
die Arbeit des Arbeitnehmers  
steigert"

Schritt zur Währungsreform  
"Schritt zur Währungsreform  
aber im Februar 1975  
wenn wir endlich  
100 DM haben"

Schritt zum Währungsreform  
"Schritt zum Währungsreform  
aber im Februar 1975  
wenn wir endlich  
100 DM haben"

**Alternative '76  
CDU**

#### „Was können wir Ihnen eigentlich noch glauben, Herr Bundeskanzler?“

Format: DIN A 2 quer

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 4,50 DM pro 25 Exemplare

Bestellnummer: 7383

Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 483 Gütersloh 1, Postf. 6666, Telex 9 33 753 iserv d.  
Alle Preise verstehen sich inkl. Verpackungskosten zuzüglich Porto- bzw. Frachtkosten und  
Mehrwertsteuer.

## ■ ZITAT

### Der Fluchtweg

Am Wochenende konnte sich der Bürger ein zuverlässiges Bild über die kritische Lage der Republik machen: Sie betrifft nicht nur Wirtschaft und Finanzen; die Krise hat die SPD erfaßt. Die Partei des Verteilens kommt mit der Politik des Sparens nicht zu recht. Sie flieht in ihre eigene Geschichte. Die Reaktion auf den Rückschlag ist der Rückfall in den Sozialismus.

Aus den Sitzungssälen der Parteitage dringt ein Parolen-Wirrwarr an Bürgers Ohr. Die Schleswig-Holsteiner beschließen Schritte zur Investitionslenkung. Der Bezirk Westfalen bekennt sich bedingungslos zu diesem Stück Staatswirtschaft. Zur selben Stunde stimmen die Hamburger dagegen. Doch schon fordert Rudi Arndt von Frankfurt einen Investitionsrat. Schmidt schäumt gegen jede Lenkung. Aber der Olympier Brandt verteidigt die Diskussion über Planungsinstrumente; sie werde weltweit geführt.

Wäre sie nicht die größte Regierungspartei – niemand bräuchte sich zu sorgen. So aber denkt jedermann über die drei Krisen der SPD nach:

**Krise eins:** Die SPD hat sich nie wirklich zur freien Form des wirtschaftlichen Lebens, zur Marktwirtschaft, be-

### Anschrift:

kehrt. Als es aufwärts ging, mußte sie in Godesberg dem alten Glauben abschwören. Abgelegt hat sie ihn, wie man jetzt weiß, nicht. Einige haben es gemerkt, einer zog die Konsequenz: Karl Schiller. Es ist wohl doch so, daß linke Parteien auf wirtschaftliche Krisenzeichen immer zentralwirtschaftlich reagieren – bedingter Reflex. Während Handel und Wandel belebt werden müssen, fordern sie den „Abbau der Privilegien“. Sprung auf, zurück – in den Klassenkampf.

**Krise zwei:** Brandt übt keine volle Solidarität gegenüber Schmidt. Der Kanzler ist überarbeitet, er müßte vor den Links-Ideologen geschützt werden. Statt dessen heizt Brandt die Sozialismus-Diskussion auf breiter Front an.

**Krise drei:** Sie betrifft die alte sozialdemokratische Kameradschaft und Solidarität. Mit diesem Prinzip vertragen sich Ideologie und Ideologen nicht. Vielleicht nicht einmal das Regieren.

Leber, Franke, Schmidt-Vockenhausen – sie säumen als Opfer den Fluchtweg zur reinen Lehre.

Die Welt, 22. September 1975

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heimo Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Mullenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

# UID